

Thüringen-Monitor-Integration: Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten

Franziska Schmidtke

Der Freistaat Thüringen setzt seit dem Jahr 2000 mit dem Thüringen-Monitor eine Langzeitstudie zur politischen Kultur um, die jährliche Entwicklungen politischer Einstellungen in der Thüringer Wahlbevölkerung untersucht. Damit ist eine deutschlandweit einmalige Datenbasis geschaffen worden, die vielfach rezipiert und nicht zuletzt für politische Entscheidungsprozesse herangezogen wird. Gleichwohl konnte der Thüringen-Monitor bislang keinerlei Aussagen über die Menschen treffen, die in den letzten Jahren aus ihren Herkunftsländern geflohen sind und in Thüringen eine neue Heimat gefunden haben. Politische Entscheidungen und gesamtgesellschaftliche Debatten mit Bezug auf die Integrationsherausforderungen und -bedürfnisse beziehen daher bisher nur selten die Einschätzungen geflüchteter Menschen mit ein. Vor diesem Hintergrund hat das KomRex (Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena den Thüringen-Monitor-Integration angefertigt, in welchem Lebenslagen, Erfahrungen und Einstellungen von Geflüchteten im Freistaat erhoben und erstmals analysiert wurden. Obgleich die Studie ausschließlich Geflüchtete in Thüringen befragte, können davon ausgehend auch Annahmen über die Situation von Geflüchteten deutschlandweit abgeleitet werden, die Hinweise auf notwendige oder empfehlenswerte Justierungen in der Integrationspolitik beinhalten.

Die Analyse basiert auf einer schriftlichen Befragung von 906 Geflüchteten, die vor allem aus Syrien, Afghanistan, Irak und Iran stammen und zwischen 2013 und 2018 nach Deutschland geflohen sind. Die Zusammensetzung der Befragten hinsichtlich der Verteilung nach Geschlecht, Alter und Herkunft weisen nur geringe Abweichungen von der Verteilung in der Gesamtpopulation Thüringens auf. Dennoch sind möglicherweise Selektionseffekte in Hinblick auf den Wohnort der Geflüchteten und deren Bildungsniveau (schließlich war der Fragebogen schriftlich auszufüllen und in den Fragen einigermaßen komplex) aufgetreten. Insofern sind Einschränkungen für die Repräsentativität der Ergebnisse nicht auszuschließen.

Erfasst wurden u.a. soziodemographische Merkmale, Angaben zur Flucht, psychische Belastungen, Diskriminierungserfahrungen und Kontakte zur deutschen Bevölkerung, politische und soziale Einstellungen, Angaben zu Sprach- und Integrationskursen, die Akkulturationsorientierung, berufliche Tätigkeiten und die Ausbildung im Heimatland sowie Zukunfts- und Bleibeperspektiven in Deutschland. Die Befragung wurde zwischen März und August 2018 vor allem in den Thüringer (Groß-)Städten Jena, Erfurt und Gera durchgeführt.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Studie, dass die Chancen auf eine gelungene Integration von Geflüchteten in vielerlei Hinsicht gutstehen. Nachfolgend sind die Hauptergebnisse der Studie zusammenfassend dargestellt.

Fluchterfahrungen und psychische Belastung

Hauptfluchtgrund der Befragten ist die Angst vor Krieg und Verfolgung. Ökonomische Gründe und Gründe der persönlichen Lebensgestaltung spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Aus den Daten zu psychischen Belastungen ist erkennbar, dass sich die Situation im Heimatland, die Flucht und die Fluchterfahrungen auch in der psychischen Befindlichkeit der Befragten niederschlägt. Neben Heimweh und Niedergeschlagenheit berichten die Befragten in zum Teil beträchtlicher Häufigkeit auch von Hoffnungslosigkeit und Sorgen. Nicht zuletzt besteht damit für Geflüchtete ein Risikopotential zur Ausbildung von klinisch relevanten psychischen Störungen. Dies unterstreicht auch die im Vergleich zur deutschen Bevölkerung deutlich niedrigere Lebenszufriedenheit. Es zeigte sich ferner, dass psychische Belastungssymptome vor allem von Post-Migrationsfaktoren wie etwa der erlebten Diskriminierung in Deutschland entscheidend mit beeinflusst wird. Angesichts dieser Situation und dem Ausmaß der berichteten Symptomatiken sollten Möglichkeiten der psychologischen Betreuung und Beratung bis hin zu traumatherapeutischen Angeboten stärker als bislang bereitgestellt werden, um Belastungen adäquat abzufangen, Chronifizierungen zu vermeiden und somit längerfristig Kosten für aufwendige Krankenbehandlungen einzusparen.

Arbeitsmarktintegration

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für die befragten Geflüchteten von vordringlicher Bedeutung. 87,6 Prozent der Befragten geben an, dass es »wichtig oder eher wichtig [ist] in Deutschland zu arbeiten oder in Ausbildung zu sein«. Dennoch steht die Integration in den Arbeitsmarkt in Deutschland erst am Anfang. Der Umstand, dass bereits 20 Prozent der Befragten erwerbstätig sind und rund ein Drittel der Befragten ein Praktikum bzw. eine Ausbildung absolvieren oder bereits beendet hatten, verdeutlicht, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Integrationsförderung Wirkung zeigen. Zudem ist es möglich, dass durch die Art der Rekrutierung der vorliegenden Stichprobe (z.B. über Integrationskurse) der Anteil der bereits erwerbstätigen Geflüchteten noch unterschätzt wird.

Unterstützungsangebote bei der Arbeitsmarktintegration

Häufig stellen mangelnde berufliche Qualifikationen und Sprachkenntnisse zunächst unüberwindbare Hürden für eine schnelle Arbeitsmarktintegration dar. Angesichts dieser Befunde ist es vordringlich, die Unterstützung der Geflüchteten auf ihrem Weg in den Thüringer Arbeitsmarkt weiterhin zu verstärken. Dies kann die Betreuung durch die Agentur für Arbeit betreffen, die Bearbeitung von Anträgen auf Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Angebote der Nachqualifizierung bei Teilerkennungen beruflicher Abschlüsse oder grundsätzlich die Erteilung einer Arbeitserlaubnis. Zudem bestehen offenbar Defizite hinsichtlich bereits vorhandenen Beratungsmöglichkeiten. So gaben die Befragten etwa an, sich mehr Unterstützung durch die Agentur für Arbeit bei der Suche nach einer Arbeitsstelle zu wünschen, während gleichzeitig bisher nur eine Minder-

heit Berufs- und Arbeitsmarktberatungen in Anspruch genommen hatten. Daneben braucht es angesichts des sehr unterschiedlichen Bildungsniveaus der Befragten zielgerichtete Maßnahmen sowohl für Personen mit niedrigen wie auch solche mit hohem Bildungsgrad und guten beruflichen Qualifikationen. Betriebliche Praktika und Ausbildungen wurden bereits von einem Drittel der Befragten absolviert und sprechen vor allem Personen mit niedrigem Bildungsniveau an. Weitere berufsvorbereitende Angebote, wie sie das Thüringer Integrationskonzept vorsieht (Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, 2017) und zum Teil bereits angeboten werden, bieten eine Gelegenheit, um sowohl niedrig als auch hoch qualifizierte Personen schneller in den Thüringer Arbeitsmarkt zu integrieren.

Diskriminierungserfahrungen

Sehr häufig machen die Befragten Erfahrungen mit herkunftsbezogener Diskriminierung. Vor allem in den Bereichen Wohnungs- und Arbeitssuche berichten die Befragten von einem besonders hohen Diskriminierungsniveau (27 bzw. 18 Prozent berichteten von »ziemlich starker« Diskriminierung). Ein großer Anteil der Befragten erlebt auch im Alltag Diskriminierungen, die sich etwa in Beschimpfungen aufgrund ihrer Herkunft oder einer unhöflichen Behandlung ausdrücken. Weiterhin erlebte mehr als jeder zehnte Befragte, bereits einen körperlichen Angriff. Diese Daten untermauern auch die Analysen der vorhergehenden Thüringen-Monitore, in denen in beträchtlichem Umfang migrationsfeindliche Einstellungen und Abwertungen gegenüber Geflüchteten ermittelt wurden, die sich offenbar teilweise auch in konkretem dissozialem und kriminellen Verhalten niederschlagen. Zusammen mit den ebenfalls erfassten positiven Kontakterfahrungen geben diese Befunde offenbar jene Bandbreite von ambivalenten Alltagserfahrungen in der deutschen und thüringischen Gesellschaft wider, die sich auch im Einstellungsmuster der deutschen Bevölkerung wiederfindet.

Politische Einstellungen und Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen

Die überwiegende Mehrheit der Befragten weist neben einem hohen Institutionenvertrauen (bspw. vertrauten 83,9% der Befragten der Polizei und 80,2% der Bundesregierung »ziemlich« oder »völlig«) eine starke Unterstützung für allgemeine demokratische Werte und demokratische Prinzipien auf (79,8% hielten die Demokratie für die beste Staatsidee). Die Zustimmungsraten liegen dabei in vielen Fällen sogar über dem Niveau der deutschen Bevölkerung (zuletzt im Thüringen-Monitor 2018 gemessen). Darüber hinaus ergibt sich eine hohe Ablehnung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen. Diese Einstellungsmuster sind besonders stark bei älteren und höher gebildeten Befragten ausgeprägt.

Gefragt nach ihren Einstellungen zu unterschiedlichen sozialen Gruppen, fällt eine besonders positive Bewertung der deutschen Bevölkerung auf und dies obwohl, wie bereits berichtet, die Befragten zugleich häufig Diskriminierungserfahrungen erleiden. Obgleich diese Aussagen womöglich durch soziale Erwünschtheit beeinflusst sind, heben sie den Wunsch der Befragten hervor, sich in einem positiven Sinne mit der deutschen Bevölkerung auseinander zu setzen. Die Intensivierung von Kontakten zur deutschen Bevölkerung scheint ein zentrales Anliegen der Befragten zu sein, wie unterschiedliche Angaben zum Beispiel zu gewünschten Inhalten der Integrationskurse verdeutlichen. Dieses prinzipiell deutlich ausgebildete Kontaktbedürfnis sollte stärker als

bislang in unterschiedlichen Kontexten genutzt werden, um die Integration wirksam zu unterstützen bzw. integrationsmotivierten Personen Gelegenheiten zu bieten, sich produktiv in ihre neue Lebenswelt einzubringen.

Antisemitische Einstellungen

Eine besondere Rolle nehmen Einstellungen gegenüber jüdischen Personen und Israel ein. Hier finden sich deutlich geringere Sympathiewerte und eine vergleichsweise erhöhte Tendenz zu negativeren Einstellungen, auch wenn die meisten Befragten feindselige Aussagen gegenüber Israel ablehnen. Dabei deuten Vergleiche mit Daten des Thüringen-Monitors darauf hin, dass sich die Antipathien gegenüber Juden und die Ablehnung von Israel nicht wesentlich von jenen der deutschen Bevölkerung unterscheiden, auch wenn sich die Messungen in beiden Studien unterscheiden. Diese Einstellungsmuster resultieren mit großer Wahrscheinlichkeit auch aus der seit Jahrzehnten bestehenden Konfliktlage im Nahen Osten und dem entsprechenden Meinungsklima. Allerdings lässt sich im Lichte der Befragungsergebnisse nicht von einem Import antisemitischer und antiisraelischer Einstellungen durch Migrantinnen und Migranten nach Deutschland sprechen. Gleichwohl gilt es, sowohl bei der deutschen Bevölkerung als auch bei Geflüchteten, derartige Feindbilder aufzubrechen, zum Beispiel durch die aktive Ermöglichung von Begegnungen mit Menschen unterschiedlicher Religion oder vermeintlich verfeindeten Gruppen in pädagogisch begleiteten Settings.

Einstellungen zu Gleichstellung und die Rolle von Religion

In einigen Bereichen zeigen sich bei einem Teil der Befragten von der gesellschaftlichen Norm abweichende Einstellungsmuster zum Beispiel hinsichtlich der Rolle der Religion oder des Geschlechterverhältnisses. So befürworten 12,4% der Befragten strenge religiöse Überzeugungen und 49,1% der Befragten weisen patriarchale Einstellungen auf. Diese Haltungen sind abhängig zum Beispiel von der Religiosität und Bildungsparametern, allerdings auch vom Ausmaß der psychischen Belastung und dem Geschlecht. Solche Einstellungen stellen vermutlich eine nicht unerhebliche Hürde für eine erfolgreiche Integration dar. Individualisierung und Wertewandel in den westlichen modernen Demokratien haben zu einer Pluralisierung von Werten und Lebensweisen geführt, die zum Teil im klaren Widerspruch zu den in den Herkunftskulturen der Fluchtmigrant/innen verbreiteten traditionellen Werten und Normen stehen. Konflikte sind jeweils vor allem dann wahrscheinlich, wenn die notwendige Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Wertvorstellungen und Lebenspraxen nicht gegeben ist, unterminiert oder sogar aktiv bekämpft wird. Hier müssen Prävention und Intervention besonderen Wert auf kulturelle Verständigung und gegenseitige Annäherung legen, um die gesellschaftliche Integration zu gewährleisten. Nachweislich wirksame Maßnahmen, die zu diesem Zweck eingesetzt werden können, liegen seit längerem vor (vgl. Beelmann & Jonas, 2009).

Akkulturationsorientierungen

Bei annähernd allen befragten Geflüchteten ist die Akkulturationsperspektive durch das Interesse gekennzeichnet, deutsche Kultur und Lebensweisen zu übernehmen. Während 80% dabei auch Elemente ihrer eigenen Kultur beibehalten wollen, sind 12% bereit ihre Herkunftskultur aufzugeben. Damit scheinen von Seiten der allermeisten Geflüchteten gute Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesell-

schaft vorzuliegen. Allerdings nimmt etwa die Hälfte der Befragten wahr, dass in der Thüringer Bevölkerung die Einstellung vorherrsche, Geflüchtete sollen sich an der hiesigen Kultur orientieren und ihre Herkunftskultur aufgeben. Dieser Eindruck vieler Geflüchteter scheint zutreffend zu sein, wie Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018 in nahezu gleicher Größenordnung belegen. Damit liegen bedeutsame Unterschiede zwischen den Erwartungen und Perspektiven der Geflüchteten und jenen der einheimischen Bevölkerung vor, welche eine tiefgehende Auseinandersetzung erfordern. Auf Seiten der hier Befragten bestehen jedenfalls gute bis sehr gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Die Geflüchteten haben mehrheitlich Sprach- und Integrationskurse besucht, verfügen zum Teil über gute Sprachkenntnisse und haben fast durchweg das Bedürfnis, sich mit ihrer neuen Lebensumgebung positiv auseinanderzusetzen. Dazu dürfte auch eine längerfristige Bleibeabsicht beitragen, die von den meisten Befragten geäußert wird. Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft würde sich anbieten, auf diesen Integrationswillen stärker als bislang einzugehen, zum Beispiel indem Integrationskurse stärker auf den Alltag in Deutschland und den Kontakt zur deutschen Bevölkerung ausgerichtet werden.

Größere Integrationsherausforderungen für Frauen und jüngere Menschen

Es zeigen sich teils deutliche Geschlechterunterschiede, die darauf hinweisen, dass sich für geflüchtete Frauen größere Integrationsherausforderungen stellen. So sind sie im Vergleich zu Männern in Thüringen seltener zivilgesellschaftlich engagiert, nehmen seltener an Sprachförder- und Integrationsmaßnahmen teil, suchen weniger häufig Beratungsangebote auf und weisen eine geringere Arbeitsmarktbeteiligung auf. Diese Geschlechterdifferenz zeigt sich auch in anderen Befragungen Geflüchteter. Dies ist insofern bemerkenswert, als Forschungsbefunde darauf verweisen, dass die Förderung des Erwerbs grundlegender Sprachkompetenzen und Bildungsmaßnahmen insbesondere bei geflüchteten Frauen zu deutlich verbesserten Beschäftigungsergebnissen führen können (Liebig, 2018). Dieser Befund unterstreicht die Wichtigkeit, geflüchteten Frauen den Zugang zu bestehenden Angeboten in den Bereichen Beratung, Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Darüber hinaus erscheinen gezielte Anstrengungen, weibliche Geflüchtete verstärkt in zivilgesellschaftliche Strukturen einzubinden, sinnvoll. Diese ermöglichen auch das Knüpfen neuer sozialer Kontakte. Forschungsergebnisse belegen einen engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Netzwerk (insbesondere Kontakte zu Einheimischen) und der Erwerbstätigkeit Geflüchteter (Liebig, 2018). Dies gilt umso mehr, als die hier befragten Frauen durchschnittlich über ein relativ hohes Bildungsniveau verfügen und zugleich ein ausgeprägtes Interesse an zivilgesellschaftlichem Engagement und an Kontakt zur einheimischen Bevölkerung aufweisen. Sie scheinen damit sowohl für eine verstärkte Integration in die Zivilgesellschaft als auch in den Arbeitsmarkt relative günstige Ausgangsbedingungen mitzubringen.

Unsere differentiellen Analysen haben ergeben, dass sich durchschnittlich auch bei jüngeren Erwachsenen offenbar etwas größere Integrationsherausforderungen stellen. Sie weisen im Vergleich zu älteren Personen ein höheres Maß an psychischer Belastung auf und verfügen über geringere Resilienz und Ressourcen. Sie zeigen eine geringere Lebenszufriedenheit und blicken pessimistischer in die Zukunft. Sie berichten zwar häufiger von freundschaftlichen Kontakten zu Deutschen, zugleich aber von mehr herkunftsbezogenen Diskriminierungser-

fahrungen. Besorgniserregend ist auch, dass sie (bei sehr geringer Grundrate) vergleichsweise häufiger die Akkulturationsstrategie der Separation wählen (9% bei 18-25jährigen gegenüber 3% bei den über 36jährigen), eine geringere Demokratieunterstützung aufweisen und seltener Gewalt in familiären und partnerschaftlichen Kontexten ablehnten. Diese Befunde machen deutlich, dass gerade junge Menschen in einer schwierigen Lebenssituation und vor großen Anpassungsprozessen Unterstützung und Halt brauchen, auch weil familiäre und soziale Unterstützungssysteme (nicht mehr) oder in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Hier sind alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Akteure gefordert, die Probleme junger Menschen besonders in den Blick zu nehmen.

Bleibperspektive und Zukunftsaussichten

Die meisten Befragten beurteilen ihre Flucht nach Deutschland als richtige Entscheidung und gehen von einer dauerhaften Bleibperspektive in Deutschland aus, ob diese nun auf eigenen Wünschen oder realistischen Erwartungen beruht. Allerdings wollen etwa nur die Hälfte der Bleibeorientierten dauerhaft in Thüringen bleiben. Die Gründe für diese vergleichsweise geringe Rate sind vielfältig. Unter den Aspekten, welche sich verändern müssten, damit sich die Befragten auch langfristig vorstellen könnten in Thüringen zu leben, wird am häufigsten eine Verbesserung sozialer Kontakte mit Deutschen sowie infrastrukturelle Aspekte (Wohnraum, Verkehrsanbindung) genannt. Auch wenn einige Beurteilungen aufgrund mangelnder Vergleichsmöglichkeiten nicht überbewertet werden sollten, muss eine aktive Integrationspolitik derartige Einschätzungen angesichts ihrer Verbreitung gleichwohl ernst nehmen, zumal Thüringen trotz einer derzeit relativ guten Wirtschaftslage nach wie vor sinkende Bevölkerungszahlen aufweist.

Anmerkungen

Der Beitrag basiert auf der Zusammenfassung der Studie und wurde durch die Mitautorin der Studie, Franziska Schmidtke, nur leicht abgeändert. Autor/innen des Thüringen-Monitor-Integration sind Prof. Andreas Beelmann, Prof. Peter Noack, Juliane Dingfelder, Dr. Franziska Schmidtke, Sebastian Lutterbach und Angelika Schulz.

Literaturverzeichnis

Beelmann, Andreas/Jonas, Kai J. (2009): Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven, Wiesbaden.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017): Bürgerschaftliches Engagement: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterstützt Ihr Engagement! Abgerufen von:

<http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Engagement/engagement-node.html>

Liebig, T. (2018). Dreifach benachteiligt? Ein erster Überblick über die Integration weiblicher Flüchtlinge. Paris: OECD Publishing. Abgerufen von: <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/FlüchtlingsfrauenStudie.pdf>

Reiser, Marion/ Best, Heinrich/ Salheiser, Axel/ Vogel, Lars (2018): Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018. Erfurt.

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) (2017): Das Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander! Erfurt.

Autorin

Dr. Franziska Schmidtke ist Geschäftsführerin des »KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration« in Jena.

Kontakt

Dr. Franziska Schmidtke

KomRex

Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

Humdoldtstraße 11

07743 Jena

Tel +49 3641 9-30950

E-Mail: sekretariat.komrex@uni-jena.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de